

Beschluss des Landrats vom 03.11.2022

Nr. 1796

33. Jede Baselbieterin und jeder Baselbieter bezahlt Steuern 2021/687; Protokoll: bw, gs

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Marco Agostini (Grüne) hat nichts gegen eine Überprüfung. Der Inhalt ist aber sehr despektierlich gegenüber den Menschen, die offenbar keine Steuern zahlen, obwohl sie dies selbstverständlich auch tun, wie es im Rahmen der zuvor an diesem Tag geführten Diskussion gezeigt wurde. Stefan Degen hat es nicht nötig, zu behaupten, diese Menschen würden keine Steuern bezahlen. Das stimmt einfach nicht. Marco Agostini stört sich massiv am Postulatstext und ist von Stefan Degen enttäuscht. Der Inhalt ist den Menschen gegenüber despektierlich, die wenig haben und jeden Tag Steuern zahlen, indem sie einkaufen oder Tabak- und Benzinsteuern entrichten.

Ernst Schürch (SP) zitiert den Titel: Jede Baselbieterin und jeder Baselbieter bezahlt Steuern. Ja, das ist tatsächlich so. Obwohl in letzter Zeit von gewissen Kreisen immer wieder suggeriert wird, viele Menschen würden gar keine Steuern zahlen und damit das Staats- und Gemeinwesen nicht mittragen. Richtig ist aber, dass alle Menschen Mehrwertsteuer zahlen, sehr viele zahlen Mineralölsteuer, viele zahlen Strassenverkehrssteuer – und alle Erwerbstätigen entrichten Beiträge an die Vorsorgeeinrichtungen. Die Aussage, viele Menschen würden keine Steuern zahlen, ist genauso falsch wie die Aussage, die Steuersolidarität sei tief und ein verhältnismässig kleiner Teil der Bevölkerung zahle alle staatlichen Leistungen. Das stimmt einfach nicht. Zudem ist die Idee einer Grund- und Kopfsteuer nicht gut. Die Erhebung einer solchen Steuer würde einen grossen bürokratischen Mehraufwand generieren. Eine solche Steuer würde – unter der Prämisse, dass die ganze Steuerlast nicht ansteigen darf – zudem eine Umverteilung bedeuten. Hierzu die rhetorische Frage: Wer müsste dann wohl weniger Steuern bezahlen, würde eine Grund- und Kopfsteuer eingeführt? Aus diesen Gründen lehnt die SP-Fraktion das Postulat einstimmig ab.

Markus Meier (SVP) möchte Licht in die Thematik bringen. Bei Steuern ist zwischen direkten und indirekten Steuern zu unterscheiden. Da gibt es Steuern, die dem Kanton abgeliefert werden müssen, und solche, die auf Konsumgüter existieren, die irgendwo anfallen und nicht zwingend in diesem Kanton. Noch etwas: Sozialversicherungsbeiträge sind keine Steuern. Es gibt Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge. Stefan Degen will etwas ganz Anderes. Denjenigen 20 bis 25 %, die keine Einkommens- und keine Vermögenssteuern im Kanton Basel-Landschaft zahlen, soll ein Kopfbeitrag in Rechnung gestellt werden, um klarzumachen, dass auch diese Personen von den Leistungen im Kanton profitieren. Es ist sicherlich nicht von einer Kopfsteuer in Höhe mehrerer hundert Franken die Rede. Es geht ums System. Die Emotionen sollten bei dieser Diskussion weglassen werden, das würde es einfacher machen.

Marco Agostini (Grüne) entnimmt dem Votum von Markus Meier, dass 25 % der Bevölkerung keine Ahnung davon haben, was sie alles im Kanton nutzen. Das ist frech. Selbstverständlich ist dies bekannt. Eine solche Behauptung stimmt überhaupt nicht – und das ist es, was Marco Agostini an dieser Diskussion stört. Eine Überprüfung ist in Ordnung. Aber solche Aussagen sind despektierlich. *[Auf der rechten Ratsseite wird moniert, dass diese Aussage so nicht getätigt worden sei]* 25 % haben keine Ahnung – das hat Markus Meier gesagt. Das regt Marco Agostini auf und er hört ganz genau hin. Wenn es um ein paar Franken geht, muss man schauen, ob sich dieser Auf-

wand überhaupt lohnt und hierfür nicht ein Bürokratiemonster geschaffen wird. An welche Gröszenordnung denkt Stefan Degen?

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) sagt, es sei ein langer Tag gewesen und alle Anwesenden seien müde. Dennoch wird darum gebeten, ruhig zu bleiben. Die Landratspräsidentin berichtet aus ihrem Alltag im Geburtszimmer: Wenn die Frauen hyperventilieren, beruhigt sie diese stets mit den Worten: Gaaaanz ruhig, duureschnuufe, entspanne, alles falleloh und nomol vo vorne afoh. *[Applaus]*

Stefan Degen (FDP) möchte nicht zu emotional werden, dennoch ist es sein Vorstoss. Es wurden verschiedene Stichworte genannt, die so auch im Postulat erwähnt sind. Steuersolidarität ist ein wichtiges Wort. Jeder leistet seinen Beitrag zur Gesellschaft und zum Staatswesen insgesamt. Dazu gehört aber auch der finanzielle Beitrag. Im Vergleich zu anderen Kantonen leistet in Basel-Land ein grosser Teil keinen finanziellen Beitrag. Es gibt bereits Kantone, die eine solche Kopfsteuer kennen (VS, NE, etc.). Es handelt sich um eher kleine Beträge. Der Betrag darf aber nicht so sein, dass unter dem Strich gar Mehrkosten entstehen. Ein Bürokratiemonster ist aber nicht zu befürchten, denn eine Steuererklärung muss sowieso gemacht werden, auch wenn dann keine Steuern bezahlt werden. Insofern ist der bürokratische Aufwand also bereits gegeben. Im System müsste für solche Fälle einfach ein bestimmter Betrag eingepflegt werden. Wie viel das ist, ist eine Frage, die mit dem Postulat beantwortet werden soll.

Der Vorstoss ist überhaupt nicht despektierlich gemeint. Er wurde sehr sachlich verfasst. Der Text kann besser treffen oder nicht. Stefan Degen entschuldigt sich dafür, sollte der Inhalt despektierlich herübergekommen sein. Wichtig ist aber, dass der Vorstoss überwiesen und somit eine Prüfung ermöglicht wird.

Markus Meier wird für die Erklärung gedankt. Wenn in einem Kantonsparlament von Steuern die Rede ist, sind die Steuern gemeint, die der Kanton gemäss Steuerharmonisierungsgesetz überhaupt erheben darf. Dazu gehören Mehrwert-, Tabak- und Benzinsteuern eben nicht. Diesbezüglich ist der Wortlaut im Postulat also richtig.

Die Idee dahinter ist, dass ein Teil des administrativen Aufwands, der sowieso vorhanden ist – der Versand der Steuererklärung und der definitiven Abrechnung – gedeckt wird. Stefan Degen stellt sich vor, diesen Teil in einer Vollkostenrechnung zu berechnen und diesen Betrag als Kopfsteuer zu erheben, um den Vorgang aufwandsneutral zu gestalten. Aber die Frage nach der Höhe soll das Postulat beantworten.

Ronja Jansen (SP) ist befremdet über den Vorstoss. Es ist schön, von Stefan Degen zu hören, dass die Aussagen nicht despektierlich gemeint waren. Dennoch drückt ein sehr verachtendes Bild der arbeitslosen Menschen durch. Es wird das Bild von faulen, undankbaren Armen gezeichnet, denen man endlich Dankbarkeit beibringen muss, weil sie sonst nicht verstehen, dass der Wohlstand nicht vom Himmel fällt. Das ist der Rednerin sehr fremd. Sie ist überzeugt, dass just die Menschen, die von Armut betroffen sind, sehr genau wissen, dass der Wohlstand nicht vom Himmel fällt – gerade in diesem Kanton, in dem neueste Zahlen zeigen, dass es immer mehr Working-Poor gibt, Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, ohne dass die Einkünfte ausreichen. Die Unterstellung, man müsste diesen Menschen beibringen, dankbarer zu sein, und die Forderung, sie sollten symbolisch auch etwas beitragen, ist der Rednerin sehr fremd. Was aber wichtiger ist, hat Ernst Schürch angedeutet. Durch die Blume verlangt das Postulat eine klare Verschiebung der Steuerlast. Das ist wesentlich schlimmer als die Rhetorik des Vorstosses. Mitten in der Krise – das muss man sich vor Augen führen – wird verlangt, dass die Armen bzw. die Ärmsten im Kanton zusätzlich noch mehr Steuerbeträge zahlen sollen – damit andere, reiche Menschen entlastet werden können. Das ist ziemlich skandalös. Ja, der Vorstoss ist von einem Menschenbild geprägt, das

der Rednerin fremd ist. Es ist vor allem aber ein Umverteilungsvorstoss von unten nach oben. Er soll eine klare Abfuhr erhalten.

Im Sinne des Appells der Landratspräsidentin, sachlich und cool zu bleiben, steht das Votum von **Marc Schinzel** (FDP): Eine Umverteilung ist nicht die Intention. Die Idee ist auch nicht, Steuermittel hereinzuholen. Der Gedanke ist vielmehr, dass man sagt, alle seien im gleichen Boot. Die Reichen sollen progressiv Steuern zahlen und ihren Anteil gemäss ihrer Leistungskraft ans Gemeinwesen leisten; sie sollen im Boot sein. Das ist wichtig – und dazu steht man. Beim heutigen System der Vermögenssteuer zahlen aber 7,7 % der Steuerpflichtigen über 90 % der Vermögenssteuern. Der Gedanke hinter dem Vorstoss ist aber, dass man den Leuten, die im Vorstoss genannt sind, zeigt, dass sie nicht nur Empfänger von Leistungen sind. Sie sollen vielmehr als Teil der Gemeinschaft angesprochen werden. Auch wenn ihr Betrag klein und symbolisch ist (etwa CHF 100.–), kann dies ein Wertgefühl ergeben – im Sinne von: Jawohl, auch wir sind dabei; wir sind keine Ausnahme, sondern tragen zum Steuersubstrat bei. Es kann eine Wertschätzung auslösen, wenn man das Gefühl hat, zu partizipieren – wenn etwa die Strassen erneuert werden. Das kann positiv etwas auslösen. Die Frage, wer wie entlastet wird, ist nicht der Punkt.

Urs Roth (SP) nimmt das Votum von Markus Meier auf und dankt für die Auffrischung der ökonomischen Lehrstunde. Vor 40 Jahren hat der Redner ähnliche Vorlesungen besucht. Darum ist ihm klar, was der Unterschied zwischen direkten und indirekten Steuern ist. Hat die Gegenseite auch zugehört, als in den Vorlesungen erklärt wurde, was der Unterschied zwischen einer Kopfsteuer und den Steuern ist, die aufgrund der finanziellen Leitungsfähigkeit erhoben werden und jetzt von Marc Schinzel lobend erwähnt wurden? Der Redner ist stolz, in einem Kanton zu wohnen, in dem es bisher keine Kopfsteuern gibt. Es braucht auch kein Postulat, um die Wirkungsweise solcher Steuern zu erkennen. Da kann man 40 Jahre zurück denken an die Vorlesungen von Gottfried Hombach – dann weiss man, was die Auswirkungen dieser Steuern sind.

Auch **Andreas Dürr** (FDP) will kein Öl ins Feuer giessen. Etwas war aber sehr störend im emotionalen Votum von Ronja Jansen. Immer wieder wird das Bild des bösen Reichen gezeichnet, der nicht zahlen will und geschröpft gehört – und auf der anderen Seite steht der Armutsbetroffene, der Tag und Nacht arbeitet, nicht mehr schlafen kann und nicht weiss, wie er die Rechnungen zahlen soll. Das ist etwas bemühend. Was dieser Vorstoss will, hat mit diesem Weltbild nichts zu tun. Es soll bei allen Bürgern das Bewusstsein geschärft werden, dass sie ein Teil einer Societas (neudeutsch: Community) sind, zu der jeder nach seiner Leistungsfähigkeit etwas beitragen soll. Man müsste prüfen, wie hoch der Obolus sein muss – es ist aber klar, dass es einen Obolus braucht. Damit alle wissen, dass sie etwas beitragen. Wenn man nachher etwas mehr an Leistungen will, wird man dann überlegen, ob dieses Mehr sinnvoll ist. Wenn man nichts zahlt, kann man natürlich weitere 15 Nachttarmlinien verlangen. Wenn man keine Krankenkassenprämien zahlt, möchte man auch die letzte homöopathische Behandlung bezahlt haben. Dieses Denken ändert fundamental, wenn man weiss, dass man auch etwas an den Topf beiträgt. Dieses Bewusstsein zu schärfen ist wichtig. Man sollte prüfen, ob das möglich ist. Es soll niemand in die Armut gestossen werden, es soll niemand geplagt werden. Aber darüber nachzudenken, ob nicht jeder einen Beitrag an die Community leisten kann – das wäre eine Überlegung wert. Über die Höhe des Betrags und die Erfassung kann der Redner keine Aussagen machen; Stefan Degen hat dazu aber bereits Ideen formuliert. Technisch ist das machbar. Die Überlegung, wie man auf allen Ebenen einen Beitrag ans Gemeinwesen leisten kann, erscheint als wichtig. Darum soll das Postulat zur Prüfung überwiesen werden.

Urs Kaufmann (SP) ist etwas schockiert über das bürgerliche Weltbild. Es wurde von Wertschätzung gesprochen. Die Leute aber, die in der Situation sind, dass sie keine Steuern bezahlen müs-

sen, arbeiten etwa in einem Restaurant und bedienen zu einem Tieflohn Leute, die gut verdienen. Oder sie arbeiten vielleicht als Paketbote, rasen unter Zeitdruck in einem Villenquartier herum und liefern zu einem Mindestlohn Pakete aus. Diese Leute sollen dann abends heimkehren und – abgekämpft, wie sie sind – die Steuerrechnung entgegen nehmen und CHF 300 oder 400 zahlen. Leute, die sich mit Minimallöhnen durchs Leben kämpfen, sollen es dann auch noch als Wertschätzung empfinden, wenn sie etwas zahlen müssen – wenn sie doch genau wissen, dass die Leute, die sie tagsüber im Restaurant bedient haben, weniger Steuern zahlen sollen. Das ist eine völlig verquere Welt. Das ist nicht zu verstehen.

Andrea Heger (EVP) hat Mühe, Marc Schinzel und seiner Aussage zur Gemeinschaftsgefühlsromantik zu folgen, vor allem, wenn es darum geht, wie dies bei den Betroffenen ankommt. Andreas Dürr hat etwas fassbarer erklärt, was gemeint ist. Gleichwohl muss die Rednerin überlegen, ob sie das Postulat überweisen will (ein Postulat produziert Arbeit – zugleich sagt man, man wolle die Verwaltung schlank halten). Die Vorteile einer Überweisung sind aber nicht zu sehen. Auch nicht, nachdem Stefan Degen sich zu einer möglichen Umsetzung geäußert hat. Auch wenn die Leute CHF 10, 20 oder 50 oder 100 zahlen müssen – wenn man die zusätzlichen Leute bedenkt, die man auf der Steuerverwaltung anstellen muss, um die Administration zu gewährleisten, erscheint die Rechnung etwas unlogisch. Zumal es ansonsten immer heisst, man solle die Verwaltung nicht aufblähen und zusätzliche Administration auslösen. Darum ist der Mehrwert zu wenig zu sehen.

Ronja Jansen (SP) stört sich an Aussagen über ihre angebliche Hetze gegen die «bösen Reichen». Es ist aber wie bei den Debatten um den Gender-Stern. Es wird immer behauptet, die Linke wolle immer nur über dieses Thema sprechen. Wenn man aber genau hinschaut, sieht man, dass 90 % der Beiträge nicht von Linken kommen, sondern von NZZ-Feuilleton-Journalistinnen und -Journalisten, die sich gerne aufregen. Hier hat man ein ähnliches Phänomen. Der Ausdruck «böse Reiche» wird fast durchgängig von irgendwelchen Leuten verwendet, die behaupten, die Rednerin habe dieses Wort verwendet. Darum – ein für alle Mal: Es sollen nicht irgendwelche Dinge projiziert werden, die nicht dem Votum der Rednerin entsprechen. Es fiel kein Wort über die «bösen Reichen», nicht einmal durch die Blume. Es soll einfach zugehört und dann auf die tatsächlichen Aussagen reagiert werden. Die Rednerin hat über Armutsbetroffene gesprochen – und nicht über irgendwelche Reiche.

Auch **Peter Hartmann** (Grüne) ist das Votum von Marc Schinzel sauer aufgestossen. CHF 100 sind für den Vorredner offenbar nicht viel Geld. In diesem Saal haben aber gewisse Leute keine Ahnung, was es bedeutet, arm zu sein. Man redet über Familien und Alleinerziehende, die ihre Kinder nicht an einen Kindergeburtstag schicken können, weil sie schlicht nicht genug Geld haben, um ein kleines Geschenk zu kaufen, das das Kind mitbringen kann. An Andreas Dürr: Diese Leute haben ganz andere Probleme, als den Halbstundentakt in der Nacht zu verlangen. Das Postulat soll abgelehnt werden.

Letzte Woche wurde das Armuts-Monitoring publiziert, sagt **Roger Boerlin** (SP). Es war sehr bewegend und hat beschäftigt. Das Monitoring hat aufgezeigt, dass in unserem Kanton, dem es gut geht und der so reich ist, 16 000 Menschen leben, die arm sind und unter der Armut leiden. 6,1 % der Bevölkerung sind das. 12,2 % sind armutsgefährdet. Man muss sehen, dass CHF 50 oder 100 für diese Menschen hohe Beträge sind. Eine solche Kopfsteuer würde diese Menschen erst recht in Verlegenheit bringen. Das Postulat soll bitte abgelehnt werden.

Laura Grazioli (Grüne) hat vor kurzer Zeit an einem Dorfrundgang in Sissach mitgemacht, an dem auch Regierungspräsidentin Kathrin Schweizer anwesend war. Er war von der Caritas organisiert. Der Rundgang sollte – wie es auch die sozialen Stadtrundgänge tun – sichtbar machen, wie Armut

im Kanton konkret aussieht. Besonders die Aussage blieb haften, dass viele Armutsbetroffene und/oder Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger jeden Tag, teils mehrfach, ihr Budget bis auf den letzten Franken durchrechnen. Man muss sich das vorstellen!

://: Mit 36:33 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.
